

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 250 B

BERLIN • Sonntag, den 23. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Mobilmachung der Gewerkschaften!

Werbung für die Einheitsfront oder Zersplitterungsarbeit?

Ein großzügiger Werbeplan.

Zum ersten Mal werden vom Vorstand des ADGB sämtliche Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen direkt aufgefordert, gewerkschaftliche Werbearbeit aufzunehmen. „Eine umfassende Hausagitation . . . eine planmäßige Werbung unter der arbeitslosen Jugend . . . besondere Werbeaktionen unter den Frauen“ sollen stattfinden. Ist schon die Hausagitation etwas Neues in der gewerkschaftlichen Agitation, so ist der planmäßige Einsatz der „Kolleginnen und Kollegen aus den gutorganisierten Berufen . . . für den Werbedienst in den

Die letzte Möglichkeit
zur Einsicht in die Wählerlisten ist
am Sonntag, dem 23. Oktober.

schlechter organisierten Berufen und Betrieben“ etwas ganz Besonderes, das außerordentlich zu begrüßen ist.

Wir begrüßen dieses Neue und Besondere deshalb so sehr, weil gerade in den letzten Jahren von gewerkschaftlicher Seite eine schon bald zynisch anmutende Selbstsicherheit vielen Vorschlägen gegenüber, die zur Stärkung der Gewerkschaften immer wieder gemacht wurden, an den Tag gelegt worden ist.

Der ganze Werbeplan, macht den Eindruck von Großzügigkeit und Weitherzigkeit entsprechend der Haltung, die aus dem Brief von Leipart spricht:

„Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. . . Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. . . Kollegen, sieht nicht jeder von euch, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg?“

Der neue Aufruf, dessen wichtigste Teile wir an anderer Stelle bringen, ist allerdings nicht (wie neulich der Brief von Leipart) ganz unabhängig der SPD und der KPD gegenüber. Das liegt wohl daran, daß im Verfasser dieses Aufrufs der SP-Mann, der mit Hilfe der Gewerkschaftsaktion für seine Partei etwas erben möchte, zum Durchbruch gekommen ist. Solche Entgleisungen dienen natürlich nicht der besseren Verständigung. Trotzdem ist es nötig, sich auch dadurch nicht an der Arbeit für die gewerkschaftliche Front hindern zu lassen, sondern durch eine ordentliche eigene Arbeit dafür sorgen zu helfen, daß solche Methoden der unsauberen Fraktionsarbeit mehr und mehr in Wegfall kommen.

Die Gegenaktion der RGO.

Der Werbeaktion der Freien Gewerkschaften setzt nun die RGO durch einen Appell ihres Reichskomitees vom 13. Oktober die „Massenwerbung für die RGO“ direkt als „Antwort an Leipart und den ADGB“ entgegen. In dem Appell wird gefragt: „Ist es wahr, daß durch die Stärkung der ADGB-Verbände ohne weiteres eine Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen die faschistische Hungerpolitik der Papen-Regierung erfolgt? Und es wird geantwortet: „Millionen Arbeiter wissen, daß die Werbeparole der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein Betrug ist.“

Zur Stützung dieses Vorwurfs wird der Abbruch des Hamburger Verkehrsarbeiterstreiks nach verbindlich erklärtem Schiedsspruch angeführt und andere Streikabbrüche der Gewerkschaften. Daß wir es bei der augenblicklichen Lage für richtig halten, daß sich die Gewerkschaften verbindlich erklären, Schiedssprüche fügen, haben wir schon im „Funke“ erklärt. (Und wir wollen, um den RGO-Politikern gegenüber ganz deutlich zu sein, auch das entscheidende Merkmal der „augenblicklichen Lage“ nennen: Die nicht vorhandene Bereitschaft seitens der RGO, sich mit den Gewerkschaftsführern zu verständigen und überhaupt die immer von neuem — auch von der SPD — geradezu gepflegte politische Zersplitterung der Arbeiter.)

Aber damit, daß sich die Gewerkschaften heute einem verbindlichen Schiedsspruch fügen, ist nicht gesagt, daß sich die einzelnen Mitglieder fügen sollten. Auch das ist an der er-

Die Sondergerichte arbeiten weiter.

20 Jahre Zuchthaus für Kommunisten. Eine lakonische Mitteilung.

Das Duisburger Sondergericht verurteilte am Freitag die Kommunisten Lukasek und Schlabach zu je zehn Jahren Zuchthaus, weil sie bei einem Zusammenstoß am 15. August einen Nazi verprügelt hatten.

Diese Mitteilung zeigt die Tragweite des folgenden Satzes aus der Terror-Notverordnung: „Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, . . . wer bei einem Landfriedensbruch . . . Gewalttätigkeiten gegen Personen begeht.“

Fort mit der Zuchthausverordnung! Sie trifft in erster Linie die linksstehenden Arbeiter.

Todesurteil gegen Nazi fällig?

Der Mörder des vor einigen Tagen in Essen erschossenen „Reichsbanner“-Mannes Hannig ist der 18jährige Nazi Dittmar. Er hat ein Geständnis abgelegt: mit sechs anderen Nazis habe er sich den „Reichsbanner“-Leuten genähert und dann zwei Schüsse abgegeben, deren einer Hannig traf. Er hat geschossen angeblich, „um einen Zusammenstoß zu verhindern“.

Die Terror-Notverordnung schreibt für Totschlag die Todesstrafe vor. Es kommt aber in diesem Falle genau auf das Alter des Täters an: hatte er am Tage der Tat das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so fällt er unter die Milderungsbestimmungen, die für Jugendliche höchstens Gefängnisstrafen zulassen.

Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung.

Naziattentäter als „Bahnschutz“.

Der frühere Leiter der Reichsbahnpolizei der Eisenbahnbezirksdirektion Magdeburg, Oberinspektor North, und der Braunschweiger Bahnpolizeibeamte Neth wurden festgenommen. Beide hatten eine

große Anzahl von Attentaten auf die Reichsbahn organisiert und zum Teil auch selber durchgeführt, um die Notwendigkeit des Bahnüberwachungsdienstes zu beweisen

und sich die Zulagen für den „gefährlichen“ Dienst zu sichern.

In Braunschweig waren Dutzende von Attentaten vorgekommen, ohne daß man die Täter jemals fassen konnte. Die Attentäter wußten über die Bahnanlagen genau Bescheid und schon damals wurde der Verdacht laut, es könne sich nur um Bahnbeamte handeln. Aus Magdeburg wurde dann der Oberinspektor North nach Braunschweig geschickt, um nach dem Rechten zu sehen. North machte aber mit dem Beamten Neth gemeinsame Sache. Als Neth auf Grund der öffentlichen Angriffe und der Beschuldigung eines angeschossenen Lokomotivführers, der ihn wieder erkannte, zusammen mit zwei anderen Beamten festgenommen wurde, sorgte sein Komplize und Vorgesetzter North für seine Freilassung. Erst nachdem die Braunschweiger Kriminalpolizei durch-

AUS DEM INHALT:

Kampf dem Lohnraub!

Papen gegen Hitler.

Zentrumspläne zur Verfassungsreform.

Krieg im „Frieden“.

Wie Papen abkurbelt.

Fort mit der Vivisektion.

Politischer Zusammenstoß.

In der Naunynstraße in Berlin kam es in der Nacht zum Sonnabend zu Schlägereien zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, wobei drei Personen durch Messerstiche und Hiebe verletzt wurden. Sieben Nazis und fünf Sozialdemokraten wurden festgenommen.

Noske verbot die kommunistische „Neue Arbeiterzeitung“ in Hannover für drei Tage, weil er in einigen Artikeln über den Streik der Weserschiffer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (gegen Streikbrecher) fand.

Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ ist für fünf Tage verboten worden.

setzte, daß ihr die Oberleitung des Bahnschutzes übertragen wurde, hörten die Attentate mit einem Schlag auf.

Blitzartig erhellt die Geisteshaltung der beiden eifrigen Bahnüberwacher und gleichzeitigen Bahnattentäter, wenn man erfährt, daß beide Nationalsozialisten waren und in die beteiligte Bahnschutztruppe nur Hakenkreuzler aufgenommen wurden.

Drei von der Reichsregierung.

Nämlich drei Notverordnungen.

Die Reichsregierung hat, um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, gleich drei Notverordnungen auf einmal herausgegeben, auf die wir im einzelnen später noch zu sprechen kommen werden:

1. Eine Verordnung gegen den unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen, um den Autodieben eine Ausrede zu nehmen.

2. Eine Verordnung über die Umwandlung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in eine deutsche Zentralgenossenschaftskasse.

3. Eine Verordnung über die beschleunigte Durchführung der Osthilfe.

wählten Stelle von uns gesagt worden. Daß die RGO-Anhänger so gut wie keinen Einfluß auf diese einzelnen Mitglieder der Gewerkschaften haben, sowohl im Falle verbindlich erklärter Schiedssprüche als in den Fällen, wo die Gewerkschaften die Kämpfe ungerechtfertigter Weise unterbinden und beendigen, das liegt an ihrer Sonderorganisation.

Klappern gehört zum Handwerk.

Daß der Appell der RGO im übrigen — wie überhaupt die kommunistische Presse — tut, als wären alle Lohnkämpfe und Erfolge auf diesem Gebiet unter Führung der RGO zustande gekommen, das zeigt, daß im Bereich ihrer Aufklärungsarbeit noch immer als oberste „Kampf“-Regel herrscht: Klappern gehört zum Handwerk. Dieses „Klappern“ soll offenbar die Tatsache, daß die Gewerkschaften die Führung von Lohnkämpfen aufgenommen haben, überblenden, so daß sie nicht in das Bewußtsein der RGO-Anhänger kommt.

Die in dem RGO-Appell ganz richtig gestellte Frage: „Ist es wahr, daß durch die Stärkung der ADGB-Verbände ohne weiteres eine Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse erfolgt?“ ist also für die augenblickliche Lage mit ja zu beantworten, denn augenblicklich erfüllen die Freien Gewerkschaften sogar äußerlich sichtbar — wenn auch vielfach mit zu großer Zurückhaltung — jene Bedingung, die erfüllt sein muß, wenn die Stärkung ihrer Organisation Sinn haben soll: Sie führen die Lohnkämpfe.

RGO-Politik oder Freie Gewerkschaften.

Wir wollen aber bei aller Kürze der Auseinandersetzung die Frage nach der Berechtigung der RGO-Politik noch etwas gründlicher erörtern, zumal leider das Verhalten der Gewerkschaften selber immer erneut zu berechtigten Zweifeln in die Aufrichtigkeit der Versprechungen, „neue Wege der Gewerk-

schaffspolitik einzuschlagen". Anlaß gibt. Wir wollen sogar annehmen, wie die Kommunisten: die Werbeparole der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sei ein Betrug. Und wir wollen auch nicht den Anbiederungsversuch der Gewerkschaften an die Regierung Papen übersehen (auf der geheim organisierten Kundgebung am 18. Oktober, bei der die Öffentlichkeit darin bestand, daß die angeblich bekämpfte Regierung eingeladen wurde, während Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiterpresse, außer dem „Vorwärts“, ferngehalten wurden. [„Funke“ Nr. 247.]

Darüber, daß die Arbeiterklasse nur durch eine einheitliche geschlossene Aktion aus ihrer heutigen Lage herauskommen kann, herrscht in allen Lagern der Arbeiterschaft Einigkeit.

Ohne auf die besondere Theorie der Taktik der RGO näher einzugehen, kann man heute sagen, daß bei allem Versagen der Freien Gewerkschaften die RGO-Politik zu einer immer stärkeren Isolierung der KPD bei ihren Aktionen geführt hat, so daß die KP und die Kommunistische Internationale seit Jahren selbstkritisch festzustellen genötigt sind: „Wir haben es bisher nicht verstanden, uns fest in den Betrieben und Gewerkschaften zu verankern.“

Nach dieser Niederlage der RGO-Politik, die zur Zeit zur völligen Beherrschung der Gewerkschaften durch die Sozialdemokraten geführt hat, stehen sich gegenüber: einerseits die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der taktisch richtigen, zugkräftigen und moralischen Einladung zur Einheitsfront auf dem Boden der Gewerkschaften, ohne die Kommunisten oder RGO anzugreifen und auf der anderen Seite die RGO, die Fortsetzung der Spaltungspolitik propagiert

und die Gewerkschaftsführer, die von Einheitsfront sprechen. Betrüger nennt und — sich in völliger Isolierung befindet.

Nehmt sie beim Wort!

Diese objektive Sachlage ist für die RGO, für jeden, der nicht den Kopf in den Sand steckt völlig klar. Das ist durchschlagend an unserer Argumentation: Die Gewerkschaftsführer mögen vorhaben, was sie wollen, sie sprechen vom Kampf, sie sprechen von der Einheitsfront, sie sprechen von einer Wendung. Man kann ihnen bei ihren möglichen Vorhaben bei der heutigen Sachlage nur dann in den Arm fallen und sie an Betrügereien hindern, wenn man sie vor der Mitgliedschaft beim Wort nimmt und sich auf den Boden der Gewerkschaften stellt und die Erfüllung des Gewerkschaftszieles verlangt: Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder.

Daß wir nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen Gegner der RGO-Politik sind, sondern überhaupt und grundsätzlich gegen jede Fraktionspolitik in den Gewerkschaften sind, sei nur noch einmal betont, um Mißverständnisse zu verhindern. Wir haben unsere Ansicht darüber eingehend im „ISK“ vom April 1932 dargelegt.

Alle, die eine Aktivierung wollen, haben schon aus diesem Grunde allen Anlaß, die Werbeaktion der Gewerkschaften zu begrüßen und zu unterstützen.

Deshalb hinein in die Freien Gewerkschaften, und heran an die Werbearbeit!

Fritz Grob.

Fünf Stimmen Mehrheit für Dollfuß.

Im Anschluß an eine „dringliche Anfrage“ der Sozialdemokraten über die Vorfälle vom Samstag kam es am Freitag im österreichischen Nationalrat zu wilden Tumultszuszen, wobei von Seiten der Heimwehrabgeordneten Tintenfassler geworfen wurden und zwischen Dollfuß und dem Sozialdemokraten Bauer ein Redouell entbrannte, in dem jeder den andern an Beleidigungen zu überbieten suchte.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung, die der Beruhigung der Gemüter dienen sollte, das aber nur sehr notdürftig leistete, wurde über die vorliegenden Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgestimmt. Da auch die Großdeutschen einen Mißtrauensantrag eingebracht hatten, zogen die Sozialdemokraten den ihren zurück. Die Regierung erhielt mit 83 gegen 78 Stimmen das Vertrauen des Nationalrats.

Opfer der weißen „Kultur“.

In Senatobia im Staate Mississippi wurden von Hilfspolizisten („sheriffs“) 4 Neger getötet und 7 verwundet, die versuchten, Vergeltungsmaßnahmen für einen vor kurzem gelynchten Negor durchzuführen.

Japanische Verhaltensmaßnahmen für Genf.

Der japanische Sonderdelegierte zu den Genfer Verhandlungen über den Völkerbund soll von dem japanischen Kabinett folgende Verhaltensmaßnahmen erhalten haben:

1. Bei den Beratungen über die mandchurische Frage muß der Völkerbund die japanischen Sonderinteressen in der Mandchurei anerkennen.

2. Die Erörterungen müssen im Rahmen des Lyttonberichts bleiben und unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß das mandchurische Reich ein unabhängiger Staat sei, der nichts mit der chinesischen Republik zu tun habe.

3. Falls der Völkerbund zu einem Beschluß kommen sollte, der gegen die japanischen Interessen verstoße, sollte Matsuooka amtlich den Austritt Japans aus dem Völkerbund erklären.

4. Falls der Völkerbund die japanischen Interessen berücksichtige, soll Matsuooka vorschlagen, sämtliche Erörterungen über die mandchurische Frage auf drei oder vier Jahre hinauszuschieben.

Die mandchurische Regierung plant die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht, die unter japanischer Kontrolle erfolgen soll.

Einigungsbestrebungen zwischen Hindus und Mohammedanern.

Nach einer Verabredung indischer Führer sind in diesen Tagen Vertreter der wichtigsten indischen Gruppen, nämlich der Hindus, der Mohammedaner und der Sikhs, in Allahabad zusammengelassen, um sich über die bisher strittigen Verfassungs- und Wahlfragen zu verständigen. Eine solche Einigung würde für den Kampf der Inder außerordentlich viel bedeuten: Bisher profitieren die Gegner Indiens, die englischen Imperialisten, von dem Streit der indischen Gruppen, indem sie Hindus und Mohammedaner gegen einander ausspielen.

Der englisch-irische Zollkrieg.

De Valera gab am Mittwochabend im irischen Landtag eine Erklärung über die gescheiterten englisch-irischen Verhandlungen ab. Er erklärte, die irische Regierung werde in der Frage der Landentschädigungen keinen Schritt nachgeben. Sie sei entschlossen, den englisch-irischen Zollkrieg fortzusetzen, auch wenn er das irische Volk mit beträchtlichen Härten treffe. Nur so könne auf die Dauer die gefährliche Abhängigkeit Irlands von der englischen Wirtschaft beseitigt werden. Die Forderung nach einer unabhängigen irischen Republik stehe augenblicklich noch nicht im Vordergrund der Diskussion, da das irische Volk der Regierung dafür noch keinen Auftrag erteilt habe.

Am Donnerstag hat die irische Regierung eine Reihe neuer Zölle in Kraft treten lassen. Waren des britischen Weltreichs sind Vorzugszölle eingeräumt worden.

Gegen den früheren polnischen Generalkonsul Torsten Kreuzer, den Bruder Ivar Kreuzers, ist wegen Konkursbetruges Haftbefehl erlassen worden.

Neue Stimmen zur Wehrdiskussion.

Französische Großherzigkeit.

Auf die antifranzösischen Hetzvorschriften des Thüringer Nazi-Ministers Wächtler, der für die oberen Klassen der Schulen die systematische Dressur auf Rachedenken angeordnet hat, hat die französische radikalsozialistische Zeitung „Republique“ eine mutige, besonnene und freimütige Antwort gegeben. Nach der Feststellung, daß es schwer sei, die Frage der Verantwortung am Weltkrieg endgültig zu lösen, schreibt das Blatt: Wie man darüber auch denken möge, man werde niemals an der Tatsache etwas ändern können, daß Deutschland das Geständnis der Schuld am Weltkrieg aufgezwingen worden sei. Wenn Deutschland frei gewesen wäre, würde es niemals Artikel 231 unterzeichnet haben. Derartige Maßnahmen auf „Intellektuellem Gebiet“ seien eine unmittelbare Verneinung aller Grundsätze, an denen Frankreich sonst stets festhalte. Frankreich habe 1918 wohl das Recht gehabt, Elsaß-Lothringen zurückzufordern, es sei aber nicht berechtigt gewesen, Deutschland eine Erklärung zu entreißen, die in diesem Lande — mit Recht oder Unrecht — als der Wahrheit widersprechend betrachtet werde. Gerade deshalb sei es zu bedauern, daß die thüringischen Schüler diesen Paragraphen auswendig lernten, der sicherlich den Ruhm Frankreichs nicht vergrößere. Es sei zu hoffen, daß die deutschen Lehrer recht bald diesem Paragraphen den Absatz anfügen könnten: „Frankreich erkennt an, daß Artikel 231 weder den gesunden Methoden einer Kritik noch den französischen Ueberlieferungen von der Großherzigkeit standhält. Es hat die Abschaffung dieses Artikels vorgeschlagen.“

Die deutsche Rechtspresse bringt es fertig, eine solche auf eine Verständigung der Völker abzielende Äußerung gnädig als „gesunde Kritik“ zu begrüßen und der übrigen französischen Presse zur Nachahmung zu empfehlen. In Deutschland ist es dringender, solche Gedankengänge zum Anlaß zu nehmen, auch von deutscher Seite sich auf die Anforderungen einer deutsch-französischen Verständigung zu besinnen.

Gewiß entspricht es nicht den Anforderungen an einen ordentlichen Verkehr zwischen den Staaten, daß der eine seine zufällige Ueberlegenheit über den andern ausnutzt, um von diesem Geständnisse zu erpressen. Wenn aber dieser andere, wie Deutschland es getan hat, durch seinen Eintritt in einen nationalen Krieg selber die Entscheidung über die Streitfragen dem Zufall der physischen Ueberlegenheit ausgesetzt hat, dann ist es nicht seine Sache, sich im Fall des Unterliegens über die Härten der getroffenen Regelung zu beschweren.

Was zudem den berüchtigten § 231 betrifft, so enthält er neben Unklarheiten und Uebertreibungen einen sehr richtigen und bedeutsamen Hinweis, den nämlich, daß

durch den „Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten“ der Krieg ausgebrochen ist.

In diesem Sinn wird Deutschland als „Urheber aller Verluste und Schäden, ...“ zur Rechenschaft gezogen. Die deutsche Regierung hat in der Tat durch ihre Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich das Völkermorden offiziell eröffnet. Daraus folgt zwar nicht die „Alleinschuld“ und „Alleinverantwortung“ Deutschlands: alle imperialistischen Staaten hatten an dem Aufbau der Kriegsmaschine mitgearbeitet und dadurch mit dazu beigetragen, daß der Druck auf einen Knopf genügte, sie in Bewegung zu setzen und 12 Millionen Menschen zu zermalmen. Aber gerade weil diese Maschine zum Mord bereit dastand, war die Verantwortung um so größer, jeden äußeren Anlaß zu vermeiden, der ihren Mechanismus auslösen konnte. Das ist nicht geschehen; 1914 war es die deutsche Regierung, die durch ihre Kriegserklärungen den letzten Anstoß zum Weltkrieg gegeben hat.

Deutschland hat nach alledem kein Recht, den Vertrag zu zerreißen. Nur auf dem Weg der Verhandlungen können seine Unvollkommenheiten überwunden werden.

Das vorsichtige England: „Theoretische Gleichberechtigung“.

Aus einem Leitartikel der „Times“:

Die englische Meinungsäußerung habe sich nicht mit der Frage der verbotenen Waffen befaßt, aber gerade dieser Teil der Frage stelle die Schwächen dar, die bei den Gedankengängen der Deutschen eine große Rolle spielten. Es bestehe kein Grund, warum Deutschland die theoretische Gleichberechtigung vorenthalten werde, zu der alle Völkerbundmitglieder in gleicher Weise berechtigt sind, aber es bestehe auch kein Zweifel darüber, daß andere Länder jede Erhöhung der Rüstung Deutschlands ablehnen und für eine Herabsetzung und Begrenzung ihrer eigenen Rüstungen eintreten. Da Deutschland entwaffnet sei, könne vom rein logischen Standpunkt aus die Abrüstungskonferenz auch ohne Deutschland fortgesetzt werden, aber psychologisch gesehen, habe die Abwesenheit Deutschlands die ernstesten Folgen für die Abrüstungskonferenz. Die Verhandlungen würden unvermeidlicherweise eine deutschfeindliche Richtung einschlagen.

„Weltfriede“.

Seit dem 11. November 1918 befindet sich die Welt offiziell im Friedenszustand.

Und dennoch hat es seit diesem denkwürdigen Tag keine einzige Sekunde wahren Friedens gegeben.

Beweis:

- 1919: Militärische Bewegung der Tschechoslowakei und Rumäniens gegen Sowjet-Ungarn.
- 1919/20: Anti-Sowjet-Angriff Finnlands, Estlands, Lettlands und Polens.
- 1919/25: Krieg Spaniens am Riff gegen die empörten Ka-balen.
- 1920: Polnische Besetzung der litauischen Gegend um Wilna.
- 1921/23: Griechisch-türkischer Krieg.
- 1921/25: Eingriff der Imperialisten in Arabien gegen das Reich der Mohammedaner.
- 1922: Japanische Besetzung des Sowjetthatsens Wladiwo-stock. Aufstand Irlands gegen England.
- 1923: Litauische Besetzung der Memelgegend.
- 1923/25: Französische Besetzung des Ruhrgebiets.
- 1925: Japan besetzt die Hälfte der Sowjetinsel Sachalin. Riffkrieg.
- 1925/26: Syrischer Krieg.
- 1926: Besetzung Nicaraguas durch das Heer der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
- 1927: Einstweilige Besetzung der Insel Korfu durch italienische Truppen. — Niederwerfung des Aufstandes auf Java durch die niederländische Regierung.
- 1929: Feldzug der mandchurischen Generale gegen die Sowjet-Union.
- 1930: Straffeldzug des französischen Imperialismus gegen die aufässigen Anamiten Indochinas.
- 1930/31: Kolonialkriege des Britischen Reiches in Birma und Indien.
- 1931: Italien eroberet Tripolis. — Japan besetzt die Mandchurei.
- 1932: Japanisch-chinesischer Krieg in Schanghai. — Krieg Bolivien-Paraguay.

Kanonendonner erfüllt allenthalben die Erdräume, ungeachtet der segensreichen „Friedensarbeit“ unseres

Völkerbundes. Seit dem 18. September 1931 hat die „friedliche Durchdringung“ Chinas und der Mandchurei kein Ende gefunden.

Das Kriegsgespens droht nicht mehr aus der fernsten Ferne, auch nicht aus der nächsten Nähe. Nein!!! In der gegenwärtigen Stunde ist der Krieg unmittelbare Wirklichkeit und wird es auch immer bleiben, wenn nicht die Welt der Unterdrückten den Kampf mit der Parole „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ aufnimmt.

Übersetzt aus der Broschüre von Florimond Bontes: „Le Front Rouge contre la Guerre.“ F. L.

Hölzerne Kreuze.

Ein französischer Kriegsfilm.

De. „Ich wußte nicht, wie das ist“, sagt der Kaplan in Shaws „Heiliger Johanna“, nachdem er der Verbrennung zugesehen hat und darüber wahnsinnig geworden ist. Wer den Film „Hölzerne Kreuze“ gesehen hat, kann nicht mehr sagen, daß er nicht wußte, wie der Krieg ist.

Wir haben eine Fülle von Kriegsfilmern, von schrecklichen Ueberfällen, Sturmzügen, Waten durch Dreck, Verfaulen in Unterständen, Sterben in Granatrichtern, aber nirgends dieses Hämmern, diese Wiederholungen, dies Nicht-abreißen des Furchtbaren.

Man möchte schreien: „Hört auf, macht dunkel!“ Nichts bleibt uns erspart. Mehrere furchtbare Todeskämpfe werden gezeigt, wie sich Körper und Geist gegen das Sterben wehren, wie sie jammern, stöhnen und weinen. Dazwischen herzerzerrende Schreie von unsichtbaren Verwundeten. Die Verwundeten im Lazarett liegen nicht unter Decken versteckt. Blutige Arm- und Beinamputen strecken sich dem Arzt entgegen.

Der Kampf um ein Dorf reißt nicht ab. In den Gräbern des Friedhofs haben sich die Soldaten verschanzt. Sie

stürmen, man sieht den Blutrausch, der sie packt, man erlebt die Angst mit, wenn es wieder vorwärts gehen soll. Da sind nicht Mutige und Feige, da sind Menschen in Todesangst mit festeren oder schwächeren Nerven. Warum laufen diese Menschen nicht weg? Warum schlagen sie den General, der die Totmüden nach zehntägiger Schlacht zur Parade antreten läßt, nicht nieder? „Es ist für Frankreich!“ feuert der Offizier sie an. Aber der Phrasen glauben sie nicht; sie sind eingespannt in die Kriegsmaschine und können nicht heraus. Fest steht nur die Kameradschaft, auch sie nur im engsten Kreis. Die Kameradschaft liegt im Graben. Man hört im Unterstand das Bohren des Minenganges, mit dessen Hilfe die Deutschen den Graben in die Luft sprengen wollen. Einzelne sind vor Angst wahnsinnig; die anderen kriechen schlitternd zusammen. Der Offizier wird geholt. „So lange gebohrt wird, ist keine Gefahr.“ Wann kommt die Ablösung? Sie zählen die Minuten, stürzen hinan, sie sind gerettet — die nächste Kameradschaft fliegt in die Luft.

Keine Friedenspredigten werden gehalten und doch wird eine Gesinnung klar, klar durch Symbole und klar durch Kontraste. Exerzierende Soldaten verwandeln sich plötzlich in Kreuze, in ein großes Feld von Totenkreuzen. Die Soldaten ziehen in den Unterstand, den Weg zurück werden die Verwundeten getragen, und eine zweite Reihe marschierender Schatten trägt Kreuze.

Lustig geht's im Ruhequartier zu. Man singt, trinkt, tanzt. Daneben Stille und Ernst. Tote werden begäht. Tröstend klingt das „Ave Maria“ aus der Kirche. Die Gläubigen, darunter Soldaten, beten. Liebreich hängt sich eine Christusfigur herab, sanft lächelt eine Maria. Die Kirche ist durch einen Brotterzaun geteilt. Hinter dem Zaun recken sich die blutigen Stumpfe, in den Gesang tönen Schmerzensschreie. Und als der sterbende junge Freiwillige in Todesangst schreit: „Was habe ich getan? Ich will nicht sterben!“, da zieht an seiner Seele vorüber seine Kriegsbegeisterung, der ganze Hurratriotismus der Heimat.

Angesichts solcher Leiden fallen die Phrasen von der „nationalen Ehre“, die diesen Mord angeblich gebietet, in Nichts zusammen.

Fort mit der Vivisektion!

Kampf gegen eine Kulturschande.

Vor einigen Tagen kam im Eingabenausschuß des preußischen Landtags eine Eingabe gegen die Schande der Vivisektion (der Zerstörungsversuche am Körper lebender Tiere) zur Sprache, die die Deutsche Gesellschaft für Tierrecht (Berlin W 30, Habsburgerstr. 2) im Juli dieses Jahres an den Präsidenten des preußischen Landtags gerichtet hat. Der Eingabe war ein Flugblatt der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht beigelegt, dem wir folgende Schilderungen von Tierversuchen entnehmen. Alle diese Beschreibungen stützen sich auf Aufsätze in medizinischen Fachzeitschriften.

„Vollkommen unbetäubten Katzen stach ein Vivisektor mittels einer Zange das Schädeldach ab, um das Gehirn herauszunehmen. Vorher wurden den Tieren noch die Halsschlagadern bloßgelegt und abgebunden. Auch wurde ihnen für die Zwecke des Versuchs ein Gummiballon in den Magen gezwungen. Die Operation dauerte 30-45 Minuten!“

„Ein Vivisektor spritzte vollkommen unbetäubten Hunden Farbstoffe in bloßgelegte Nerven, vernähte schichtweis die Wunden und zwang die Tiere, gleich darauf mehrere Stunden lang einen belasteten Laboratoriumsschlitten zu ziehen.“

„An 40 Katzen wurden Hirnverletzungen durch Stiche und Gifteinspritzungen ins Hirn vorgenommen. Die Tiere schrien, bissens an sich, kletterten an den Wänden empor. Ihre Pupillen waren enorm erweitert. Sie zitterten stark. Einige der Versuchskatzen wurden, als sie in Schlafzustand geraten waren, durch kräftige Stöße, starkes Kneifen, starkes Rütteln, starkes Treten auf den Schwanz wieder geweckt.“

„Hunden, die mehrere Tage gehungert hatten, wurde die Milz herausgewälzt. Auf Versuchsbrettern festgespannt, mußten sie in diesem Zustand viele Stunden lang liegen bleiben. Ein Hund wurde 36 Stunden im Versuch gehalten.“

„Ein Vivisektor unterwarf nicht narkotisierte, gänzlich wache Tiere (Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen) qualvollen Giftversuchen. Um die Krampfbewegungen der Tiere zeichnerisch festzuhalten, spannte er sie in Rückenlage fest, legte eine Beinsehne bloß und verband sie mit einem Schreibhebel. Zur Abwandlung der Versuche versetzte er einige Tiere vor der Giftgabe in Schrecken und Schmerz. Er verursachte anderen künstliche Atemnot, indem er ihnen eine Kanüle in den Kehlkopf steckte und das Schlauchende soweit abklemmte, daß sie nur noch mühsam atmen konnten. Er unterkühlte Tiere zwei Stunden lang, indem er sie mit Eis bedeckte.“

„56 Marterversuche fanden an Hunden zu Feststellungen über die Schmerzempfindlichkeit der Bauchhöhlenorgane statt. Darm, Niere, Blase, Magen wurden dabei aufgeblasen, gekniffen, gedehnt, durch Gifteinspritzungen gereizt. Der Schmerz, wurde an den Pulsveränderungen, der Atmung, Krämpfen, an Schreien und Protesten der Tiere registriert.“

Nach Darstellung dieser Scheußlichkeiten weist die Eingabe der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht auf Urteile medizinischer Forscher hin, die die Quälerei an den Tieren öfters als nutzlos verurteilen, weil ein sicherer Schluß vom Tier auf den Menschen unmöglich sei. Weiter heißt es in der Eingabe:

„Eine die Freiheit der Tiermarterungen auch in ihren grausamsten Formen behahende Haltung nimmt fortgesetzt das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein!“

Nachdem es gemeinsam mit den preußischen Ministerien für Volkswohlfahrt und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Runderlaß vom 3. April 1930 betr. wissenschaftliche Versuche an lebenden Tieren herausgebracht hat, glaubt es augenscheinlich, sogar Exzesse von Tierexperimenten in preußischen Universitätsinstituten mit den billigen Redewendungen von der ‚Freiheit der Wissenschaft‘ und vom angeblichen Interesse des Menschen decken zu dürfen und zu sollen.

Ueber die Unzulänglichkeit des vorbezeichneten Erlasses, der

nicht einmal Hinweise auf die Zulässigkeit von Verfolgungen im Wege des Dienststrafverfahrens

bringt, soll an dieser Stelle nicht weiter gesprochen werden.

Anbei überreiche ich das Maiheft 1932 der ‚Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung‘. Ohne Stellung zu der Tendenz und den übrigen Publikationen dieser Zeitschrift zu nehmen, bitte ich, die Aufmerksamkeit dem Aufsatz

‚Versuche am überlebenden Hundekopf in der Greifswalder Universitäts-Augenklinik und das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung‘ zuzuwenden. Auch in diesem Falle, den die von Herrn Kriegsgerichtsrat Hauck geleitete Tierschutzvereinigung ‚Ring der Entschieden‘

dem genannten Ministerium unterbreitet hat, wurde von ihm die volle Billigung mit dem Argument ‚erster wissenschaftlicher Forschungsarbeit‘ ausgesprochen!

Im Hinblick auf die Art. 2 und 27 der Verfassung des Freistaates Preußen bitte ich als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht nun, dieses Schreiben dem zuständigen Landtagsausschuß gefl. zuweisen zu wollen, damit er in eine Prüfung und Erörterung des Inhalts eintrete.“

Die „Prüfung“ vollzog sich im Eingabenausschuß des Landtags in der Weise, daß ein Regierungsvertreter erklärte, die heutigen Tierexperimente würden schmerzlos ausgeführt! Diese Unwahrheit wagte der Regierungsvertreter vorzubringen, obwohl in dem beigelegten Flugblatt der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht diese ewig wiederholte Behauptung der Interessenten an der Vivisektion ausdrücklich genannt und als unwahr nachgewiesen worden ist — nachgewiesen durch Beispiele neuester Tierversuche. Der Regierungsvertreter hatte also anscheinend das Material, zu dem er Stellung nehmen sollte, nicht einmal gelesen — ein Beweis für den Mangel an Ernst, mit dem in solchen Aus-

schüssen gearbeitet wird, wenn nicht eine Macht jene Herren zu mehr Achtsamkeit nötigt. Eine solche helfende Macht kann den hilflosen Tieren nur von den rechtlich denkenden Menschen kommen. Deshalb begrüßen wir die Eingabe der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht: ein Schritt des Protestes wenigstens wird hier getan. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Justizrat Frankl, teilt uns mit, daß er zu den Ausführungen des Regierungsvertreters selbstverständlich Stellung nehmen werde.

Ein Wort zu dem propagandistischen Kampf für das Recht der Tiere. Man schiebt diesen Kampf von vornherein in eine falsche Bahn, wenn man das Schwergewicht von den rechtlichen Erwägungen weg auf Nützlichkeitsbetrachtungen verlegt. Man kann die Vivisektion nicht schlagend bekämpfen, wenn man sich in erster Linie auf die Behauptung stützt, daß sie für die medizinische Forschung keinen Nutzen habe. Damit entfesselt man einen endlosen Streit, in dem die Vivisektoren Umwegen von Material herbeischleppen werden, das den Nutzen von Tierversuchen für die medizinische Forschung beweist. Dazu kommt, daß das Argument der Nutzlosigkeit für die Medizin bei denjenigen „Forschern“ nicht verfangt, deren Triebfeder ein purer, aller moralischen Hemmungen entkleideter Erkenntnistrieb ist. Ein solcher „Forscher“ hat beispielsweise das Interesse, nachzusehen, wie ein Embryo im Leibe einer Katze sich entwickelt. Zu dem Zweck schneidet er der Katze ein Fenster in die Bauchwand, sodaß die Gebärmutter freiliegt. In diesem Zustand spannt er die Katze auf und läßt sie tagelang lebend so hängen (Photo in dem genannten Flugblatt). Das brutale Interesse, dergleichen zu beobachten, tritt bei der Verwilderung jener „Forscher“ ganz unabhängig von der Rücksicht auf die Förderung der medizinischen Wissenschaft auf.

Vom rechtlichen Standpunkt — im Interesse der Vergeltung — ist es ernsthaft zu erwägen, ob nicht zur Förderung der ärztlichen Wissenschaft diejenigen als Versuchsobjekte für die Vivisektion verbraucht werden sollten, die selber jene Quälereien an unschuldigen Geschöpfen ausgeführt haben: die Vivisektoren. Experimente an lebenden Vivisektoren hätten überdies für die Wissenschaft einen größeren Nutzen als die von ihnen betriebene Zerstörung der Tiere; denn gegen den Schluß von Vivisektoren auf andere Menschen lassen sich die Einwände, die gegen den Schluß vom Tier auf den Menschen erhoben werden, nicht machen.

Gustav Heckmann.

Demokratie - Diktatur - Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion im großen Saal der „Sophiensäle“, Sophienstraße 18, am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Genossen!

Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der deutschen Revolution nach 1918, die gegenwärtige erschreckende

Verflachung und Zersplitterung der Arbeiterbewegung

machen es notwendig, die Grundsätze und Methoden der Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung öffentlicher Kritik zu unterwerfen.

Auch angesichts der Tatsache, daß ein Ausweg für die Arbeiterklasse aus der heutigen bedrohlichen Lage nur durch die Machtergreifung und selbständige Machtausübung der Arbeiterklasse in geschlossener Front möglich ist, kann eine

gemeinsame öffentliche Kritik

der verschiedenen Richtungen nur von Nutzen sein.

In Anbetracht dieser Tatsachen hat deshalb der ISK eine Reihe von bekannten Politikern der Arbeiterbewegung zu einer öffentlichen Diskussion aufgefordert, obgleich die heutige Zeit wenig Raum für Diskussionen läßt.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD)

Hugo Urbahn (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hodann (ISK).

**Eintritt 20 Pfg.
Für Erwerbslose 10 Pfg.**

**Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.
Ortsverein Berlin.**

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (10)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 13

Aber ist es nicht ein eingebildetes Glück, beginnen die Mädchen nicht schon beim zweiten Ausgang von der Heirat zu sprechen, wollen sie nicht ein feierliches Versprechen haben, daß man sie ewig lieben und ihnen ein braver, treuer Ernährer sein wird, der stets seine Schichten verfährt, nicht säuft, nicht bummelt, keine Karten spielt, der die Waschmaschine dreht und die Kinder, die da kommen werden, verwahren wird, muß man da nicht Stein und Bein zusammenschwören, ehe sie den Mann überhaupt an ihren mehr oder minder jungfräulichen Körper heranlassen? Und steht der gehabte Genuß überhaupt in Einklang mit den Aufwendungen, die man machen mußte, ehe es soweit war? Menagebrüder sind lockere Vögel, vor denen muß sich ein sittsames Mädchen besonders in acht nehmen; das ist die weitverbreitete Meinung unter den Kolonialbewohnern. Aber man ist doch auf Frauen angewiesen, man ist hungrig auf Liebe, denn im Pütt gibt's nur Arbeit und Arbeit, und nochmals Arbeit.

Kartenspiel, auch das kann Glück vortäuschen. Siebzehn und vier, ein weitverbreitetes Glücksspiel, bei dem es meist um hohe Beträge geht. Der Bankhalter zieht eine Karte für sich, gibt dir dann eine. Du siehst sie dir an. AB oder Zehn, noch eine dazu. Vielleicht ist es wieder ein AB oder eine Zehn und du hast gewonnen. Im „Pütt“ oder der Bank steht der Einsatz in Höhe von einem Schichtlohn, das Geld ist mitzunehmen. Du bekommst statt der erwarteten Zehn oder dem AB eine Dame, zählt drei Augen, oder einen König, zählt vier Augen. Da mußst du noch eine Karte kaufen. Hoffentlich ist es eine Sieben oder Acht, dann hast du einundzwanzig, schmeißt die Karten lächelnd auf den Tisch, streichst das

gewonnene Geld ein. Aber es kann auch eine Zehn hinterherkommen, oder eine Neun. Bums, ein Auge oder zwei zuviel, und du mußt blechen, zahlst das, was im Pott steht. Neues Spiel. Jetzt mußt du unbedingt gewinnen, den Verlust wieder herausholen. Was hältst du? fragt der Bankhalter. Den ganzen Pott, sagst du siegesgewiß. Einmal zehn, nochmals zehn. Du schmeißt die Karten hin. Da zeigt er dir seine Karten vor; AB und Zehn. Bums, hast du verloren, ist der Pott wieder fluten und du mußt dasselbe noch einmal einsetzen. Die letzten Kröten zusammengezählt, es langt gerade noch. Vabanque, alles. Schrumm, eine Karte; höchste Spannung bei der zweiten, noch eine dritte. Gottverdammich, verloren, der Lohntag ist in die Fott. Die Leidenschaft des Spielens ist dir teuer zu stehen gekommen, aber — — — — — trotz aller Selbstvorwürfe machst du es am nächsten Lohntag wieder genau so. Doch es muß ja nicht immer dieses verfluchte Siebzehn und Vier sein, es kann auch Schafskopf, Sechsendsechzig und Mauseheln sein. Kärgliches Surrogat für ein bißchen Glück.

Ein anderer wieder ist glücklich, wenn er nach beendeter Schicht sich fein anzieht, vielleicht einen Maßanzug, den er sich von dem sauer verdienten Geld gekauft hat, ein Paar Lackschuhe mit Perlmutterknöpfen, die wie der Teufel drücken, aber doch furchtbar elegant wirken, einen prima Seidenbinder und blütenweißen Kragen umtut, und dann in dieser Pracht wie ein Pfau durch die dreckigen, ungepflasterten Straßen stolziert, etwas vortäuschend, was er gar nicht ist. Man sieht es seinem grauen, kohlstaubnarbengesprengelten Gesicht ja schon auf 100 Meter an, daß er eben nur ein Püttmann ist, ein Kumpel, ein Kohlenräber, ein unterirdischer Produktsammler. Aber läßt den armen Kerl doch laufen, bestiehlt und verhöhnt ihn nicht, weil er sich ein bißchen Glück auf diese Weise verschaffen will. Wer weiß, wie lange er noch die Sonne auf sich scheinen lassen darf, ob ihm nicht morgen schon ein schwerer Stein das Genick zerschlägt oder die scharfen Meißel der Schrämmaschine Hackepeter aus ihm machen. Aber es sind noch andere da, die ihr Glück auf wieder andere Art suchen. Männer, die in ihrer freien Zeit basteln und schnitzen, malen und zeichnen, Pflanzen und Mineralien sammeln, ihre

Nasen in wissenschaftliche und unterhaltende Bücher stecken, die der holden Musika verfallen sind und auf Trompeten, Klarinetten, Bandoneons, Harmonikas, Geigen, Zithern, Gitarren und Mundharmonikas ihren Glückshunger gegen die vier Wände brüllen. Lustig sein, fröhlich sein, oder traurig-sentimental. Im Pütt gibt's kein Singen und Flöten, da dröhnt die Musik der Arbeit, da pfeift nur einer, und das ist der Steiger. Und sein Anpfeifen gebiert Wut, Zorn, Ohnmacht, verstecktes Faustballen und heimliches Verwünschen und Verfluchen. Es ist noch kein ganzes Jahr her, daß im Walde von Compiegne ein deutscher Politiker mit einem französischen General den Waffenstillstand abschloß, daß ein Wahnwitz der Weltgeschichte, der zehn Millionen Menschen Leben und Gesundheit kostete, sie auf den verschiedenen Schlachtfeldern zur Ehre ihres Gottes und ihrer Vaterländer elend verrecken ließ, liquidiert wurde, daß die Männer, die sich gegenseitig abschlachteten, in ihre Heimat zurückkehrten, ihren Beruf wieder aufnahmen. Und unter ihnen waren Tausende von Bergleuten, die wieder einführen in ihre Bagnos, in die Zeehen an der Ruhr und Enscher. Sie hatten das Schlagen, Stechen und Schießen noch nicht verlernt, und mancher Steiger, der sein Herrontum wieder herauszukehren glauben durfte, mußte es bitter bereuen, sie nicht wie Menschen behandelt zu haben in der Grube, in der abgeschlossenen Welt der Querschläge, Strecken, Pfeiler und Ortsbetriebe. Ein Schimpfwort oder eine Bosheit genügt, um dem Steiger die eiserne Hacke oder den schweren Hammer an den Schädel sausen zu lassen und ihm eine kleine Lektion beizubringen, wie er mit Menschen umzugehen hat. Und die Steiger merken sich diese Hitzköpfe genau, bringen ihre kleinlichen Schikanen nur bei denen an, mit denen sie es machen können, ohne etwas für sich Nachteiliges befürchten zu müssen. Von dieser Sorte Kumpels hausen mehr als ein Dutzend in der Menage. Menschen, mit denen man gut umgehen kann, wenn man ihnen nicht zu nahe tritt, die gute Kameraden sind, Kumpels im echten Sinne des Wortes, die aber eins wie die Pest hassen und auf seine Abschaffung sinnen, die Unterdrückung des Schwachen oder wirtschaftlich Abhängigen durch den wirtschaftlich Starken und Vorgesetzten. (Fortsetzung folgt.)

Kampf dem Lohnraub!

Streiksieg.

Die Chausseearbeiter bei Jeserig, die Notstandsarbeiten an der Chaussee Berlin-Brandenburg ausführen, traten wegen eines geplanten Abbaus der Stundenlöhne von 53 auf 48 Pfennige in den Streik. *Schon nach zwanzig Minuten* waren alle Forderungen der Arbeiter bewilligt und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Durch passive Resistenz verhinderten die Arbeiter der Möbelfabrik A. M. Weidner in Berlin O einen fünfprozentigen Lohnabbau, nachdem die Löhne schon wiederholt und erst vor kurzem stark gekürzt worden waren.

Neue Streiks.

Streik bei Zeiss-Ikon, Filmwerk in Berlin. Die 500 Mann starke Belegschaft hat Freitagabend mit großer Mehrheit den Streik beschlossen. Die Nachtschicht hat schon nicht mehr gearbeitet. Auch die Angestellten beteiligen sich an dem Streik. Ebenso muß die Nazizelle des Betriebs unter dem Druck der Belegschaft mitstreiken, obwohl die Nazis nicht für den Streik gestimmt haben. Die Firma wollte die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabsetzen, was einem Lohnabbau von 16% Prozent entsprechen hätte.

Wegen Streiks stillgelegt wurden die Fabrikbetriebe der Braunschweigischen A.-G. für Jute- und Flachsindustrie. Wir berichteten schon von dem Ausbruch eines Teilstreiks; nunmehr hat die ganze Belegschaft von 700 Arbeitern die Arbeit eingestellt.

Falkenberger Afü-Arbeiter streiken weiter. Die Streikenden lehnten einen Kompromißvorschlag der Firma Boswan & Knauer ab und beschlossen, bis zur Erfüllung sämtlicher Forderungen weiterzustreiken. — Die Berliner Afü-Arbeiter dagegen haben den Streik abgebrochen.

Aufruf zur Werbearbeit.

Die Arbeiterschaft beginnt einzusehen, daß durch die systematische politische Verhetzung nicht nur die Einheit der Arbeiterklasse zerstört wurde, sondern dadurch allein der Regierung aus dem Herrenklub die politische Macht in die Hände gespielt werden konnte. Aber auch diese Präsidialregierung muß mit dem verstärkten Abwehrwillen der Arbeiterschaft rechnen, dies umso mehr, wenn die politische Aktion unterstützt wird durch eine machtvolle,

vom Kampfgeist erfüllte Gewerkschaftsbewegung, die in dem Ringen um die Staatsmacht zugleich die Lebensbedingungen der gesamten deutschen Arbeiterklasse verteidigt.

Unverrückbar fest steht, daß eine Besserung für die Lage der Arbeiter die Überwindung allen wirtschaftlichen Elends und die Verwirklichung des

Sozialismus nur das Werk einer in sich geschlossenen und von einem einheitlichen Willen geleiteten Arbeiterklasse sein wird. Die proletarische Front ist infolge der gegenseitigen politischen Verhetzung noch zerrissen, aber jeder Tag muß größere Klarheit auf beiden Seiten bringen und damit wieder größeres Selbstvertrauen in der gesamten Arbeiterschaft wecken.

Trotz der furchtbaren Massenarbeitslosigkeit rufen Bundesvorstand und Bundesausschuß alle Verbände und ihre Untergliederungen zu einer umfassenden

Aufklärungs- und Werbeaktion

in allen Orten des Reiches auf. Die Wahlbewegung muß zur Stärkung der Gewerkschaften ausgenutzt werden, denn es geht um die Verteidigung sozialer Arbeiterrechte und um Arbeit und Brot. Zum ersten Male werden von zentraler Stelle aus sämtliche Ortsausschüsse des ADGB und die Ortsverwaltungen aufgefordert, gemeinsam und unverzüglich die Werbearbeit vorzubereiten.

Als Auftakt für den Beginn der Werbearbeit, die über die Wahlzeit hinaus fortgeführt werden soll, empfiehlt es sich,

gemeinsame Kundgebungen durch die Ortsausschüsse

zu veranstalten, in denen die Macht und die Ziele der Arbeiterbewegung ihren sinnvollen Ausdruck finden müssen. Zuversicht und Selbstvertrauen sollen von dorartigen Veranstaltungen ausstrahlen. Das bedingt wiederum Zusammenarbeit der Ortsausschüsse mit allen befreundeten Kulturorganisationen. Im Rahmen der Eisernen Front ist die Kultur- und Kampfgemeinschaft geschaffen, und sie hat sich in dem politischen Abwehrkampf bewährt. Sie soll aber nicht nur der Abwehr des Faschismus dienen, sondern insbesondere der inneren Festigung und dem weiteren Ausbau aller in der Eisernen Front vereinigten Organisationen. Werdeg der Betriebshammerschaften der Eisernen Front als Propagandastürme für die gewerkschaftliche Betriebsagitacion systematisch eingesetzt, so werden die gewerkschaftlichen Lücken in den Betrieben sich sehr bald schließen. Dabei können unsere gesetzlichen Betriebsvertretungen wertvolle Hilfe leisten.

Unsere Verbände haben ihre Gewerkschaftsjugend bereits für eine planmäßige

Werbung unter der arbeitenden Jugend

für die kommenden Wochen vorbereitet. Für besondere

Werbeaktionen unter den Frauen

ist es zweckmäßig, die bereits organisierten Frauen für die Agitationsarbeit heranzuziehen. Die Kolleginnen und Kollegen aus den gut organisierten Berufen werden es sich nicht nehmen lassen, auf Ersuchen der Ortsausschüsse sich für den Werbedienst in den schlechter organisierten Berufen und Betrieben zur Verfügung zu stellen.

Das große Heer der arbeitslosen Mitglieder

(Männer, Frauen und Jugendliche) gilt es für den Werbefeldzug zu interessieren.

Wir streiten mitten in dem den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampf nicht über Vergangenes, sondern unsere gemeinsame Parole lautet: „Heraus zum gewerkschaftlichen Werbefeldzug! — Stärkt die Kampfkraft der Gewerkschaften!“

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin: S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: E 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlags-Ombh., Berlin SO 36, Elisabethufer 23/29.

Nazis als Lohndrücker.

Die von den Nationalsozialisten beherrschte Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat die Löhne der Forstarbeiter um 15 Prozent herabgesetzt, mit der Begründung, daß bisher „politische Löhne“ bezahlt worden seien. Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband sind gescheitert und die Streitfrage sollte nun vor den Schlichter kommen. Die Regierung griff jedoch der Entscheidung des Schlichters vor und setzte eigenmächtig den Lohnraub fest. Der Deutsche Landarbeiterverband hat erklärt, daß die Arbeiter „nicht mittun“ werden. Hoffentlich bleibt es nicht beim Kampf mit Worten.

„Stahlhelm“-Streikbrecher ermöglichen Lohnraub!

Zum Streikabbruch im Kabelwerk Duisburg.

W. Sehr, Duisburg, 20. Oktober. Die Belegschaft hat im Verlauf des Mittwochs, des 19. Oktober unter der Bedingung des 20prozentigen Lohnabzuges die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Umstand, daß weniger als 10 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert

ist und vielleicht der, daß der größte Teil derselben aus Frauen und Mädchen besteht, hat doch die innere Festigkeit der Streikfront verhindert, die erforderlich gewesen wäre, um den Streik zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Hinzu kam, daß die Streikbrechergarde der „Stahlhelmer“ auf 40 Mann angewachsen war und die Werkleitung zu Maßregelungen gezwungen hatte, indem sie Entlassungspapiere einigen Streikenden zugeschickt hatte.

Ob findige Arbeitgeber-Syndici, wie Betriebsratsmitglieder vermuten, sich die organisatorische Schwäche der Belegschaft dieses Werkes in Verbindung mit der Mobilisierung von „Stahlhelm“-Streikbrechern zunutze machen, um einen guten Anlauf für die Notverordnungspraxis im Ruhr-Industriegebiet zu bekommen, muß die nächste Zeit lehren.

Hilfeschrei aus dem Ruhrgebiet.

Der Bevollmächtigte für Westfalen zum Reichsrat, Stadtrat Gilling, ein gewiß nicht übertreibender Zeuge, sandte ein dringendes Telegramm an den Reichskanzler v. Papen, dem wir folgendes entnehmen: „... Täglich steigt die Not in weiten Volkskreisen.

Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger können die aller-notwendigsten Lebensbedürfnisse kaum mehr beschaffen. Jetzt erfolgt aus Hunderttausenden von notleidenden Familien der Hilferuf nach Zuweisung von Brennstoffen.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden des Westens, besonders des Industriegebietes, ist derart trostlos, daß sie die hierfür notwendigen Geldmittel nicht aufzubringen vermögen.

Sofortige Hilfe des Reiches ist dringend geboten.

Selbst amtliche Arbeitslosenziffer steigt.

t. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen beträgt nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Reichsanstalt rund 3.150.000. Der vorige Bericht zeigte bekanntlich eine Verringerung der Zahl, woraus denn auch von Regierungsseite optimistische Schlüsse gezogen wurden.

Aus den Verbrauchsgüterindustrien werden Belegungszeichen gemeldet. Es fragt sich nur, wie rasch sie infolge von Papens Abkurbelungspolitik verschwinden werden!

Nun sind alle sieben Bergleute tot, die zur Zeit der Schlagwetterexplosion in dem Unglückstollen der Zeche „Sofia Jacoba“ bei Rheydt beschäftigt waren. Der letzte von ihnen ist am Donnerstag im Krankenhaus in Linnich gestorben.

Immer neue Mieterstreiks.

Nachdem im Streik in der Köpenicker Str. 34/35 einige Erfolge durch zähen Kampf erreicht wurden, treffen immer neue Mitteilungen über Mieterstreiks ein, so sind z. B. jetzt wieder in der Manteuffel- und Kösliner Straße mehrere Häuser in den Mieterstreik getreten. Aus andern Straßen kommen Mieterabordnungen, um sich über die Organisation solcher Streiks zu informieren.

Bisher ist erreicht worden, daß auf dem Bezirksausschuß Berlin-Mitte ein Antrag angenommen wurde, für die Instandsetzung der Wohnungen 9700 Mark zu bewilligen und Exmissionen der Mieter auszuschließen. Ferner sind sämtliche Mietrückstände — zum Teil bis zu einem Jahr — gestrichen worden.

Die Kinder sind von ihren Eltern aus dem Waisenhaus zurückgeholt worden. Der weitere Kampf der Streikenden richtet sich auf folgende Ziele:

1. Herabsetzung der Mieten.
2. Kein Abzug der Miete von der Wohlfahrtsunterstützung. (Es wurden bis 30 Prozent der Unterstützung zurückbehalten.)

Am Freitagabend hatte der Mieter-Ausschuß des Hauses Köpenicker Straße 34/35 eine Delegation von fünf Mann zu einer geschlossenen Sitzung des Bezirksamts Mitte geschickt, um dort noch einmal die genannten Forderungen zu vertreten. Die Delegation wurde nicht vorgelassen, sondern konnte ihre Forderungen nur dem kommunistischen Bezirksabgeordneten übergeben, der erst am Schluß der Sitzung damit herausrückte — eine schlechte Erfüllung der von der KP abgegebenen Versicherung, sie allein führe den Kampf der Mieter.

Im Reichsrat gegen die verfassungsändernden Pläne der Reichsregierung schärfsten Protest zu erheben und gegen derartige Gesetzentwürfe zu stimmen — diesen Auftrag hat der sächsische Landtag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin der sächsischen Regierung erteilt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln-Sülz: Dienstag, 25. Oktober, 20.15 Uhr, Lokal Hermann Krüll, Marsillusstr. 36. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

Mainz: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthaus Hörtlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Klassenjustiz und neue Wege proletarischen Kampfes. Redner: H. Lehnert (Kassel).

München: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstr. 67. Thema: Die politische Enttarnung des Volkes. — Demokratie und Führerschaft.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Frauen, Eure Sache!

Am Dienstag, dem 25. Oktober 1932, abends 8 Uhr, im „Karl-Schröder-Saal“, Liebenwalder Straße 35-36, öffentlicher Aufklärungs-Vortrag.

Frau Maria Hodann spricht zum Thema:

Frauen in Not.

Frau Dr. Margarete Adam spricht über: Spinale Kinderlähmung!

Unkostenbeitrag 15 Pf. — Erwerbslose 10 Pf. Liga für Mutterschutz e. V. Ortsgruppe Wedding.

Internationale Hilfs-Vereinigung.

Ortsgruppe Neukölln-Britz, Mitgliederversammlung am Dienstag, 25. Oktober, 19.30 Uhr, in den „Bürgersälen“, Neukölln, Bergstraße 147. Dr. Kurt Rosenfeld, Verteidiger im Röntgenstr.-Prozess, spricht:

Gegen Faschismus, Sondergerichte, Presseverbote. Für überparteiliche Klassensolidarität.

Gäste willkommen.

Ersiklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge
Mäntel
Damen-Mäntel
Kostüme

Tadellos Sitz

Schönheit

MAGDEBURG
Johannisbergstr.
10, III.

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe

H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 87/88
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung

J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten.
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäftsdrucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 23-29
Telefon: Sammelr. F 1 Moritzplatz 5471

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“

Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

21.—24. Oktober:
Mary Dressler und Wallace Eeory in: Min und Bill (Die fremde Mutter)

Presse: Mary Dressler ist die berühmteste Charakterdarstellerin Amerikas. Min und Bill, ein Film, dem vielumstrittenen, außergewöhnlichen „Gier nach Geld“ von Stroheim gleichzustellen.

Belprogramm: Stan und Laury (Dick und Dof). In Freiheit dressiert. Fox tönende Wochenschau.

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof

zeigen mit unverkennbarer Deutlichkeit das Flasko der demokratischen Staatsform. Umso unverständlicher ist es, daß noch immer große Teile der organisierten Arbeiterschaft auf die Demokratie schwören.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der demokratischen Staatsform sowie mit der Frage der innerparteilichen Demokratie vom Standpunkt des Sozialismus aus, ist enthalten in dem Buch:

Demokratie und Führerschaft.
Von Leonard Nelson.

3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

Demokratie und Führerschaft, Die Narrenbühne, Erziehung zur Demokratie, Das Urteil der Staatsmänner, Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach Paul Lévy, Demokratie als Überwindung der Theokratie nach Masaryk, Demokratie und Faschismus nach Nitti, Ein Kulturdokument, Partei-Demokratie, Das Ende der Demokratie, Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto Berlin 318 42.

Papen anti Hitler.

Amtlich wird mitgeteilt:
„In einem offenen Brief an den Reichskanzler hat Adolf Hitler Behauptungen über den Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage aufgestellt, die im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen.“

Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten;

es habe die Forderung nach einer 800 000 Mann-Armee erhoben;

es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen „u. s. w.“ gefordert.

Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfang unwahr.“

Es folgt die übliche Beteuerung, daß Deutschland nie die Aufrüstung verlangt, sondern nur die Abrüstung der andern auf den Stand der deutschen Rüstungen gefordert habe. Selbst für den Fall, daß die Abrüstungskonferenz diese Forderung nicht annehme, sei von deutscher Seite keine Aufrüstung gefordert, sondern nur die Erlaubnis derjenigen in Deutschland bisher verbotenen Waffen, die den andern Staaten erlaubt seien. Was Papen mit dieser Erlaubnis anfangen will, wenn er nicht aufrüsten will, verrät er kluger Weise nicht.

Zur Gegenüberstellung die entscheidende Stelle aus Hitlers „Offenem Brief“, der dieses entrüstete Dokument der Reichsregierung hervorgerufen hat: Papens Außenpolitik sei eine „geistlose Demonstrationspolitik“. . . . Es hätte genügt, den Willen Frankreichs, nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen und dann die Konferenz mit dem Bemerkten zu verlassen, daß damit der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müsse, daraus unter Umständen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Es ist eine müßige Frage, durch welchen der beiden Duellanten der europäische Friede mehr gefährdet ist.

Bayrische Unliebenswürdigkeiten an Papens Adresse.

Auf einer Wahlkundgebung der Bayerischen Volkspartei in München am 20. Oktober erklärte Staatsrat Schaffner: Liebenswürdige Staatsbesuche in Bayern dürften nicht darüber täuschen, daß Bayern sich seine Stellung in den kommenden Verfassungskämpfen aus eigener Kraft selbst erringen müsse.

Der Reichstagskandidat Oberbaurat Rauch meinte, der Reichskanzler habe sich mit seinen föderalistischen Versicherungen in München lediglich dem politischen Klima angepaßt. Man müsse erst seine föderalistischen Taten abwarten.

Die alte, größten Teils künstlich gezüchtete bayrische Kleinstaaterei!

Unsern König wolln mer hara.

Reichstagskandidat Rotter von Lex: Mit einem Linsengericht der Verfassungs-„Autonomie“ und sonstigen von der Reichsgewalt abgeleiteten Gnaden lasse Bayern sich nicht abpeisen.

Wenn die Stunde kommen sollte, in der das bayerische Volk seinen König ruft, so muß es ein König aus eigenem, als König aus bayerischem Rechte sein.

Bayern nehmt bayrische Könige!

Es wird dementiert.

Die Mitteilungen des Sozialdemokraten Heinig über die Dispositionsfonds der Reichsregierung, die für eine Unterstützung der Presse in Frage kommen, hat der Staatssekretär in der Reichskanzlei mit einem Brief an Heinig beantwortet, dessen entscheidende Sätze so lauten:

„Weder der Fonds für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland, noch der Dispositionsfonds des

Der Weg aus der Not.

Eine Rede Aufhäusers.

Bg. „Kampfleitung Eiserner Front“ steht schlicht unter den Plakaten, die zur Versammlung auffordern, in der Aufhäuser über den Weg aus der Not spricht. Im Saal aber hat sich den drei Pfeilen eine 2 (die Nummer der SP-Wahlkarte) zugesellt. Natürlich kann man das erst sehen, nachdem man sein Eintrittsgeld gezahlt hat.

Dann Fahnenaufmarsch, „Reichsbanner“-Musik; die Versammlung wissen, daß die Wähler bei der SP etwas mehr Schwung haben wollen. Aber wenn einer der Versammlungsleiter bei diesem mitreißenden Auftakt seinen „Freiheits“-Gruß durch den Rauch seiner soeben noch schnell aus dem Mund genommenen Zigarette ruft, dann merkt man, daß dieser Schwung nur Atrappe ist, die die innere Bequemlichkeit verbergen soll.

Aufhäuser spricht. Form und Inhalt seiner Rede sind anfangs teilweise ausgezeichnet. Er sagt u. a., daß der kommende Wahlkampf im Zeichen des Kampfes gegen das kapitalistische System stehen müsse.

Leider sprach er noch weiter. Das wurde sehr kläglich: Ein Lobgesang auf die Demokratie! Nicht die Demokratie hat versagt, sondern die Demokraten. Herrlich: Nicht die Monarchie hat versagt, sondern die Monarchen. Man darf eine Staatsform nicht danach beurteilen, wie sie funktionieren würde, wenn die Menschen anders wären als sie sind; man sollte vielmehr fragen, welche Staatsform für die Menschen, wie sie sind, die geeignetste ist. Wenn die Menschen alle klug und weise wären, bräuhete man überhaupt fast keine staatlichen Eingriffe, und Aufhäuser könnte den Anarchismus empfehlen, der auch nicht versagen wird, wenn alle Menschen mit ihm etwas Geschickliches anzufangen wüßten.

Dieser Schnitzer aber war vielleicht nur eine Oberflächlichkeit. Aber was dann kam, war schlimmer: das war Irreführung der Zuhörer: Der Durchschnittslohn in Deutschland war zur Zeit der Regierung Müller höher als zur Zeit Brüning, und er wurde unter Papen noch niedriger. Richtig! Aber warum will Aufhäuser den Nutzen des Parlamentarismus dadurch beweisen, daß er sagt, das soziale Elend sei deshalb so groß geworden, weil so viele Nazis im Reichstag gesessen hätten? Er weiß doch, daß das soziale Elend sich nicht darum vergrößerte, weil die Zahl der guten Demokraten im Reichstag abnahm.

Zentrumspläne zur Verfassungsreform.

Demnächst erscheint eine Broschüre des Reichstagsabgeordneten Professor Georg Schreiber-Münster (Zentrum): „Regierung ohne Volk — eine positive Kritik.“ Obwohl Schreiber darauf aufmerksam macht, daß die Schrift nicht parteioffiziös sei, gewinnt sie doch dadurch ein besonderes Gewicht, daß sie das vorläufige Ergebnis der Beratungen dreier Zentrums-Ausschüsse darstellt, die ein staats-, wirtschafts- und kulturpolitisches Programm entwerfen sollen.

Die Abneigung des Zentrums gegenüber einer sehr starken Präsidentschaft des Reichspräsidenten findet in Schreibers Schrift einen konkreten Ausdruck in folgenden Vorschlägen zur Verfassungsreform: Einschaltung eines Absatzes 3 in Artikel 48 etwa des Inhalts, daß die nach Artikel 48 Absatz 1 oder 2 vom Reichspräsidenten zu treffenden Maßnahmen der vorherigen Zustimmung des Reichsrats bedürfen. Darüber hinaus wird vorgesehen eine Steigerung der dem Reichsrat auf dem Gebiete der Gesetzgebung bisher zustehenden Hommungenrechten zu positiven Zustimmungrechten, ein erweitertes Mitwirkungsrecht des Reichsrats bei sonstigen wichtigen Regierungsverordnungen; schließlich ein Mitwirkungsrecht des Reichsrats bei der dem Reichspräsidenten nach Artikel 25 der Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit zur Auflösung des Reichstags, und zwar etwa in der Weise, daß

der Reichspräsident den Reichstag nur mit Zustimmung des Reichsrats auflösen könne, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß.

Bei einer solchen Erhöhung der Befugnisse des Reichsrats taucht die Frage auf, wie Schreiber sich dessen Zusammensetzung denkt. Er fordert einerseits ein „echtes Föderativsystem“, gleichwertige und gleichberechtigte Länder, andererseits eine starke Reichsgewalt. Dabei bleibt unklar, worin im „echten Föderativsystem“ das Maß für die Stärke der Reichsgewalt liegt. Schreiber fordert weiter die Überwindung des Dualismus Reich-Preußen. Der sogenannten großpreussischen Lösung, die sämtliche nord- und mitteldeutschen Länder einschließlich Preußens, jedoch ohne Sachsen, ihres staatlichen Charakters entkleide und in

Reichsprovinzen aufteilen wolle, könne das Zentrum nicht zustimmen. Sie müßte letzten Endes dazu führen, daß auch die nicht preussischen Länder zu Reichsprovinzen gemacht werden würden, womit dann der „schematische Einheitsstaat“ vollendet wäre.

Der Grundsatz: „Teile und herrsche!“, den das Zentrum notwendig gegenüber allen anderen Gruppen anwenden muß, die — wie es selber — eine despotische Herrschaft erstreben, tritt aus Schreibers Programm deutlich hervor.

Dieselbe Ablehnung der zentralistischen Pläne der Papen-Schleicher-Gruppe treffen wir in vielen Wahlreden des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei an. In diesem Zusammenhang sei die laufende Arbeit des „Deutschen“, des gut unterrichteten Blattes der christlichen Gewerkschaften erwähnt, die umlaufenden

Präsidentialpläne

in ein helleres Licht zu ziehen. Der lustigste von ihnen ist der

Plan eines „Rats der Alten“

über den der „Deutsche“ folgende Einzelheiten mitteilte: „Die Aufgabe dieses Präsidentsrates soll eine doppelte sein. Einmal soll er den Reichspräsidenten politisch beraten . . .

Er soll zweitens das Recht haben, gemeinsam mit dem Reichspräsidenten einen Nachfolger für dessen Amt zu nominieren.

Daneben soll, nach diesen Plänen, nur noch der Reichstag das Recht haben, einmal Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten zu präsentieren, falls er mit dem Kandidaten des Präsidentsrates nicht einverstanden wäre. Das Volk hätte dann oben nur die Wahl zwischen diesen beiden Männern. Würden sich die Parteien im Reichstag nicht einigen können, so stände oben nur der Kandidat der Präsidentspartei zur Wahl.“

Als Bedingung für die Aufnahme in diesen Rat schlagen wir vor, daß sich der Kandidat im Kriege 1870/71 eine militärische Auszeichnung erworben haben muß.

Auswärtigen Amtes „Geheime Ausgaben“, noch der Dispositionsfonds des Reichswehrministeriums dürfen von Rechts wegen mit der deutschen Presse irgend etwas zu tun haben. . . . Ich kann Ihnen die Zusicherung geben, daß unter der jetzigen Reichsregierung keinerlei Mittel aus diesen Fonds der deutschen Inlandpresse zufließen sind oder zufließen werden.“

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird Heinig auf den Brief antworten.

Tomatenkommission wieder auf Reisen.

t. Am Freitagabend hat die deutsche Verhandlungskommission Paris verlassen. Sie fährt jetzt nach Kopenhagen. Guten Empfang! Wenn keine Steine fliegen, sollen die Herren sich freuen.

Die Vertreter der französischen Regierung konnten natürlich grundsätzliche Bedenken gegen die Politik der Einfuhrkontingentierung nicht vorbringen, da Frankreich bekanntlich selber die Einfuhr kontingentiert. Sie haben aber allerhand Einwendungen vorgebracht. Und die deutsche Abordnung hat, wie üblich, erklärt, sie werde darüber ihrer Regierung Bericht erstatten.

Die Franzosen wünschen offenbar besonders eine Aenderung der deutschen Devisenbestimmungen und eine Aenderung derjenigen Maßnahmen gegen die Einfuhr aus Frankreich, die sich angeblich gegen die Einschränkung der Kartoffelkäfer-Einfuhr richten.

Weh' dem, der eine Persönlichkeit ist!

Mit dieser Überschrift nahmen wir vor geraumer Zeit Stellung zu dem Disziplinarverfahren gegen Frau Regierungsrat Erkens in Hamburg. Frau Erkens ist die Gründerin und bisherige Leiterin der weiblichen Polizei. Wir faßten unser Urteil über den Fall damals dahin zusammen, daß man sich anscheinend eines fähigen und mutigen Beamten entledigen wolle, weil dieser sein Ziel: die weibliche Polizei auf dem Gebiete weiblicher Rechtsbrocher und Gefährdeten neue und menschlichere Wege gehen zu lassen, kraftvoll durchsetzen wollte und dabei mit den übergeordneten Behörden zusammenstieß.

Anlaß zu dem Disziplinarverfahren gab der Selbstmord zweier weiblicher Polizeibeamten, an dem Frau Erkens schuld sein sollte. Es schloß sich daran ein Rattenschwanz weiterer Beschuldigungen, beginnend mit Aussetzungen an der Kleidung der Frau Erkens und endend mit der Anschuldigung des Ungehorsams gegen Vorgesetzte.

In neun Anklagepunkte hatte man die Anschuldigungen zusammengefaßt. Die Richter stimmten unserer damaligen Beurteilung zu, indem sie auf Frau Erkens das Goethe-Wort anwenden:

„Sie hat in dieser bedingten Welt etwas Unbedingtes gewollt.“

Das Gericht hat keine Schuld der Angeklagten an dem Selbstmord der zwei Beamtinnen feststellen können und den allgemeinen Vorwurf der ungehörigen Behandlung von Untergebenen nicht als erwiesen erachtet.

Und das Urteil?

Die Angeklagte ist des Dienstvergehens schuldig und wird zur Strafe der Dienstentlassung verurteilt. Das Gericht hat ihr mildernde Umstände zugebilligt, um dadurch dem Senat und Bürgerausschuß rechtlich die Möglichkeit zu geben, ihr eine Pension auf Lebenszeit oder eine vorübergehende Unterstützung zu gewähren, denn sie habe dem Staate durch Aufbau und Entwicklung der weiblichen Polizei gute Dienste geleistet, ihr sei nichts Ehrenrühriges vorzuwerfen, und die Polizeibehörde habe, wenn auch in bester Meinung, wenigstens zu einem Teil durch große Langmut dazu beigetragen, daß die Angeklagte die Einsicht in ihre Beamtenpflichten nicht gewonnen habe.

Ein Mensch also, der das Unbedingte will, dem Staate gute Dienste geleistet hat und dem nichts Ehrenrühriges nachzusagen ist, kann in Hamburg nicht Beamter sein, und zwar gerade nicht, weil er etwas Unbedingtes will.

Wir finden unsere Meinung, daß man sich eines unbequemen Menschen um jeden Preis entledigen will, bestätigt. Man beruhigt sein schlechtes Gewissen mit der Zubilligung mildernder Umstände, damit man wenigstens eine Pension zahlen kann.

Berufung gegen das Urteil ist sofort eingelegt worden.

Jugenderziehung im Seemannssport.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskuratorium für Jugenderziehung wird seine Aufgaben auch auf den Wassersport ausdehnen. Neben den Geländesportschulen werden Wassersportschulen in Betrieb genommen werden. Außer Leibes- und Ordnungsbildung und Kleinkaliberschießen werden in diesen Wassersportschulen seemannische Kenntnisse vermittelt werden, z. B. seemannische Ausdrücke (!) und Begriffe, Rudern und Steuern von Booten, seemannische Signale, der Gebrauch der Seekarten und des Kompasses und die Fahrwasserbezeichnungen.

Den Rundfunk frei für eine Partei!

Um den Rundfunk „von parteipolitischen Darbietungen freizuhalten“, hat das Reichsinnenministerium angeordnet, den politischen Parteien den Rundfunk nicht mehr zu Wahlen zur Verfügung zu stellen. Es wird also in diesem Wahlkampf nur noch die regierende Herrngruppe den Rundfunk für ihre Zwecke benutzen können. Ausschalten! Abbestellen!

Die Sozialdemokraten haben umgekehrt gerade darum verloren und die Nazis darum gewonnen, weil das soziale Elend sich (unabhängig von den Vorgängen im Reichstag) vergrößert hat.

Aber es sollte eben mit aller Gewalt bewiesen werden, daß die Demokratie ein gutes System und jeder andere Kampf um die Macht falsch ist. Diese unsachliche Einstellung der Tatsachen mußte vorgenommen werden, um die Massen für die Liste 2 zu ködern. Es mußte „bewiesen“ werden, was am Schluß der Rede gesagt wurde: Schlagt die Reaktion, indem ihr am 6. November Liste 2 wählt.

Die Dringlichkeit der Reform der Parteiverfassung. ZK und Reichsparteikonferenz der KPD.

tagten vor ein paar Tagen in Berlin. Ueber die innere Festigkeit der KP sprechen folgende Sätze aus einem Konferenzbericht der „Roten Fahne“ Bände:

„Durch einstimmigen Beschluß verurteilte die Konferenz den Genossen Heinz Neumann und einige andere Genossen, die auf Grund ihrer politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteilinie zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht hatten. . . . In brüderlicher revolutionärer Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, unter Führung des Genossen Stalin und mit den heldenmütigen am Aufbau des Sozialismus und der klassenlosen Gesellschaft wirkenden Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, wurde das entschlossene Durchgreifen der KPSU gegen die konterrevolutionäre Gruppe der Rjutin und Genossen und ihre Helfershelfer, die Sinowjew, Kamenjew, Uglanow u. s. w. begrüßt und den bolschewistischen Beschlüssen zur Durchführung der Leninschen Generallinie zugestimmt.“

Der Bericht fährt dann fort: „Einheitlich und geschlossen, in zuversichtlichem, revolutionärem Vertrauen zum Zentralkomitee der KPD. . . . Wir glauben nicht an diese Zuversichtlichkeit.“ Wir tränen nicht der Tragfähigkeit des Bodens, auf dem die „Einheitlichkeit“ derartiger Beschlüsse ruht. Welche Gewähr können KP-Genossen haben, daß das ZK, zu dem sie heute in „zuversichtlichem revolutionärem Vertrauen“ stehen, nicht morgen durch einstimmigen Beschluß als „konterrevolutionäre Gruppe“ verurteilt wird?

2900 Güterzüge deutsches Obst.

Nur die Wenigsten haben eine Vorstellung von Umfang und Wert der deutschen Obsternte. Hinter der großagrarisches Propaganda für Hochhaltung der Getreidepreise tritt ja fast alle andere Propaganda weit zurück.

Von den deutschen Obstbäumen werden im Durchschnitt jährlich nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung 21 bis 22 Millionen Doppelzentner Obst geerntet. Wenn man 150 Doppelzentner Obst in einen Waggon packt, so würde die gesamte deutsche Obsternte über 143 000 Eisenbahnwaggons füllen; wenn man je 50 Waggons zu einem Güterzug zusammensetzt, so ergibt das 2900 Güterzüge.

Von der Ernte werden 12 Millionen Doppelzentner im Haushalt der Erzeuger selber verbraucht. Die erheblichen Verluste durch Schwund und Verderb werden fast auf ein Fünftel der Ernte geschätzt. So bleiben für die Versorgung der städtischen Bevölkerung nur noch 8 Millionen Doppelzentner Obst, die durch eine Auslandszufuhr von 10 Millionen Doppelzentnern Obst und Südfrüchten ergänzt werden.

Die starke Beteiligung des Auslandes an der Versorgung des deutschen Marktes ist nicht so sehr eine Frage der Erntemenge als vielmehr eine Frage der Qualität und der jahreszeitlichen Verteilung des Angebots aus der deutschen Ernte. Die deutschen Obstzüchter werden den Erlös aus ihrem Absatz wesentlich verbessern können, wenn sie allgemein auf diese beiden Gesichtspunkte besser achten als bisher.

Weil die Methoden zur Obstlagerung in Deutschland im Gegensatz zum Ausland schlecht ausgebildet sind, wird der überwiegende Teil der deutschen Obsternte unmittelbar nach der Ernte auf den Markt geworfen und drückt dann die Preise so stark, daß die ausländischen Produzenten sich in dieser Zeit vom deutschen Markt zurückziehen; sie

warten ab, bis gegen Ende des Jahres die deutschen Vorräte so weit aufgebraucht sind, daß der Preis wieder ansteigt und es sich wieder lohnt, Obst nach Deutschland einzuführen.

Die deutschen Obstproduzenten sind ferner gegenüber den ausländischen Obstproduzenten weit im Rückstand in bezug auf Sortierung und äußere Aufmachung. Meist werden viel zu viele Sorten angebaut, so daß es schon dadurch ausgeschlossen ist, daß einheitliche Ware geliefert wird.

In einer Zeit, in der die vegetarische Ernährung immer weiter vordringt, müßte es eigentlich den deutschen Obstproduzenten leicht sein, ihren Absatz zu verbessern, sogar ohne daß die Einfuhr aus dem Ausland deshalb abzunehmen brauchte. Dazu wäre es allerdings wichtig, daß die Interessentenverbände sich des Obstverkaufs in den Großstädten mehr annehmen. Während der Sommermonate findet man fast in jeder Großstadtstraße ein mehr oder weniger großes Lokal, in dem Eis verkauft wird. In der Presse wurde gelegentlich der Plan erörtert, die Geschäftsinhaber dadurch in den übrigen Monaten des Jahres vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, daß sie Obst in ansprechender Aufmachung in kleinen Portionen zum Verzehr in ihren Lokalen abgeben. Hier hätte eine Möglichkeit bestanden, sowohl diesen Ladeninhabern als den deutschen Obstproduzenten zu helfen. Warum ist nichts geschehen?

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Obsternte sei noch durch eine Ziffer gekennzeichnet: Im Durchschnitt der Erntejahre 1927/28 bis 1931/32 wurde

aus dem Verkauf deutschen Obstes rund eine halbe Milliarde Mark Erlös, nur 10 Prozent weniger als aus dem Verkauf von Weizen. Rpt.

Wir erinnern:

Weniger als ein halbes Tausendstel der Privateigentümer in Deutschland besitzen 11,5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche.

An der Spitze der privaten deutschen Großgrundbesitzer steht Wilhelm von Hohenzollern mit 97 000 Hektar.

Zur Zeit kosten in	Hamburg	Berlin
	(unverzollt)	(verzollt)
1 Doppelzentner Weizen	9,10 Mark	19,80 Mark
1 Doppelzentner Roggen	6,55 Mark	15,50 Mark

Die Getreideverkäufe machen nur 18 Prozent des gesamten Verkaufserlöses der deutschen Landwirtschaft aus.

Eine Ursache der Landflucht.

In der „Volkswohlfahrt“, dem Amtsblatt des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt (Nr. 15), steht in einer Uebersicht über den Stand des Wohnungswesens in Preußen 1931:

„Wie traurig der gegenwärtige Zustand ländlicher Wohnungen heute noch zum Teil ist, zeigt das Ergebnis von Untersuchungen, die der Kreisarzt des Kreises Gerdaun (Regierungsbezirk Königsberg) bei 800 Landarbeiterwohnungen im Berichtsjahr durchgeführt hat. Abgesehen von subjektiven Wohnungsmängeln (Ueberfüllung), ist festgestellt, daß von 800 Wohnungen nur 478 gedeilt waren; 305 hatten Ziegelboden, 17 gestampften Lehm als Fußboden. Ohne Abort waren 231 Familien; bei 70 Familien waren die Abortverhältnisse insofern unzureichend, als für mehr als vier Familien nur ein Abort vorhanden war; an zwei Stellen mußten sich sogar vierzehn Familien mit einem Abort begnügen!“

Milchleistung bei Kühen und Ziegen.

Der Sachberater für Milchwirtschaft an der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, Dr. Rhoinsberger, hat kürzlich folgende Ziffern über die Milchleistung von Ziegen und Kühen mitgeteilt:

In den Kreisen der „Goldenen Aue“, des Harzes und des Eichsfeldes gibt es ebenso viele Ziegen wie Kühe. Die Ziege gibt im Durchschnitt 5—600 Kilo Milch. Bedeutend mehr liefern die einer Leistungskontrolle unterstehenden Tiere. Es wurde der Nachweis erbracht, daß

eine Ziege in Thüringen im Laufe eines Jahres 960 Kilo Milch mit 4,04 Prozent Fett

gegeben hat, das ist fast ebenso viel wie die Leistung von Arbeitskühen im gleichen Bezirk (durchschnittlich 1000 Kilo); im Eichsfeld sind rund 45 Prozent aller Milchkühe zugleich Arbeitskühe.

Von der Ziege läßt sich also durchaus mit Recht sagen, daß sie die „Kuh des kleinen Mannes“ ist. E-t.

DEUTSCHLAND

Butter-Friede und Butter-Teuerung in Aussicht. Berliner Besprechungen zwischen Vqtrretern der dänischen, finnischen und deutschen Regierung haben zu folgender Verständigung geführt: Deutschland will künftig 55 000 Tonnen Butter jährlich zur Einfuhr zulassen. Das bedeutet eine ganz erhebliche Einschränkung: Im Jahre 1931 wurden 102 000 Tonnen, in den ersten drei Vierteljahren 1932 bereits 51 000 Tonnen Butter nach Deutschland eingeführt. Das Gesamtkontingent soll auf die in Betracht kommenden Länder nach ihrem Anteil an der gesamten deutschen Buttereinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1929/31 verteilt werden. Und zwar entfallen auf Dänemark: 32 Prozent, Holland: 21 Prozent, Lettland: 10 Prozent, Schweden: 8 Prozent, Estland: 6 Prozent, Rußland: 5 Prozent, Finnland: 3,8 Prozent. Mit Finnland ist für Butter ein einheitlicher Zollsatz von 75 Mark pro Doppelzentner vereinbart worden, der den meistbegünstigten Ländern zusteht. (Seit Januar beträgt der Butterzoll für die ersten 5000 Tonnen 50 Mark, für weitere aus einem Land eingeführten Mengen 100 Mark pro Doppelzentner; zu beiden Sätzen kommt gegenüber Ländern mit entwerteter Währung ein Ausgleichszuschlag von 36 Mark.)

Neue Ausfuhrscheine! Wer Gerste in Form von Malz ausführt, erhält einen Ausfuhrschein in Höhe von 20 Prozent der ausgeführten Menge, für den er Futtergerste zollfrei einführen darf. Wer eine entsprechende Menge Gerste in Form von Graupen, Grieß, Grütze, Flocken, Mehl, ferner Hafer in Form einer Reihe von Müllererezeugnissen ausführt, erhält ebenfalls Ausfuhrscheine, für die er Gerste und Hafer zollfrei einführen darf. — Das System der Ausfuhrscheine wird immer verwickelter.

Nun auch Förderung des Absatzes der Weingeräte! Regierungen, die das Wirtschaftsleben in Fesseln oder zu Boden schlagen, ergreifen eine Maßnahme nach der anderen „zur Förderung des Absatzes“. Mit Hilfe von 450 000 Mark wird eine Zinsverbilligungsaktion für den Weinhandel durchgeführt, damit dieser möglichst bald Bestände aus der neuen Ernte kaufen kann. Den Genossenschaften werden Lagerkostenzuschüsse in Höhe von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt, damit sie den Wein aus der neuen Ernte nicht rasch verkaufen müssen. So soll der Preis von beiden Seiten her in die Höhe getrieben werden. Außerdem werden die in diesem Jahr fälligen Zinsen aus den Winzerkrediten, soweit sie an das Reich abzuführen sind, erlassen; die am 15. November fällige erste Rückzahlungsrate auf diese Kredite, sowie die folgenden Rückzahlungsraten werden um je ein Jahr gestundet.

TÜRKEI

Kontingente! Kontingente! Nach Erlass der neuen Kontingentverordnung erlebten Reisende, auch solche, die nur vorübergehend auf ein Transitvisum (einen Passvermerk über die Gestattung der Durchreise) in Istanbul eintrafen, folgende Ueberraschung: Die Zollbehörde erklärte, ihnen ihr gesamtes Reisegepäck abnehmen zu müssen, da entsprechende Kontingente nicht vorgesehen seien! Den Handlungreisenden wurden ihre Musterkoffer abgenommen, sodaß sie aktionsunfähig wurden. — Erst nach einem Pressefeldzug wurde durch einen ministeriellen Erlass der Unfug gemildert.

Staatliches Schiffsmonopol beabsichtigt. Die türkische Regierung hat anscheinend Freude an Staats eingriffen bekommen. Man erfährt bereits Einzelheiten über ihre Absicht, 46 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum aus Privathand zu kaufen und eine türkische staatliche Handelsflotte mit Monopolcharakter zu schaffen.

Wie Papen abkurbelt.

Aus der Fülle des uns vorliegenden Materials nur drei Nachrichten als Probe:

Nach einer Meldung des „Braunschweigischen Volksfreundes“ hat die völlig verfehlte Handelspolitik der Papen-Regierung geradezu katastrophale Wirkungen, insbesondere auch für die stark von Auslandsaufträgen abhängige braunschweigische Industrie. Auslandsvertreter des größten braunschweigischen Industriebetriebes, der „Miag“, berichten über immer größer werdende Schwierigkeiten beim Abschluß neuer Aufträge. Die „Miag“ hat deshalb die Entlassung von 350 Arbeitern angemeldet.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief, den ein Fabrikant von Feuerzeugen aus Dänemark erhielt: „Leider können wir Ihnen einen Auftrag nicht geben. Wir haben Ihre Artikel nicht von irgend einem Ihrer deutschen Konkurrenten gekauft und nur infolge der deutschen Zollpolitik wünschen wir heute nicht Ihre Ware zu verkaufen, sondern werden nun unsere Feuerzeuge von Ländern, wo unsere Exportprodukte nicht ausgeperrt werden, kaufen“

Das „Herliner Tageblatt“ gibt aus einem Brief eines dänischen Kaufmanns an einen deutschen Textilindustriellen folgendes wieder: „Da das Geschäft mit Deutschland leider schwerer und schwerer wird, will Deutschland so wenig bei uns kaufen, müssen wir uns allmählich englisch umstellen. Mit Deutschland haben wir jetzt fast nur Warenaustausch. Durch die hiesige britische Ausstellung habe ich in meiner Branche leider nichts finden können. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie durch Ihre englischen Verbindungen mir eine leistungsfähige Firma für meine Artikel angeben könnten; eventuell wollen Sie vielleicht veranlassen, daß diese mir gleich Muster für eigene Rechnung mit billigsten Preisen sendet.“

Der ehemalige dänische Kunde bittet also seinen bisherigen deutschen Lieferanten, ihm eine englische Konkurrenzfirma zu empfehlen, da es ihm selber nicht gelungen ist, eine solche zu finden! — Vielleicht gibt Herr von Papen einigen findigen Angestellten Arbeit, indem er für solche Zwecke ein Vermittlungsbüro einrichtet?

Zahlen zum Autarkie-Wahn.

In der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ setzt sich der bekannte Zentrumsabgeordnete Professor Dessauer mit dem von landwirtschaftlicher Seite häufig vorgebrachten Argument auseinander: „Ein Verzicht auf weitere Teile der Ausfuhr würde zwar einen geringfügigen Rückgang der in den Ausfuhr-Industrien Beschäftigten bringen, der jedoch durch den infolge der Einfuhrdrosselung entstehenden Beschäftigungszuwachs für den Binnenmarkt mehr als ausgeglichen würde.“

Demgegenüber, führt Dessauer aus, muß man daran denken, daß die 7,9 Milliarden deutsche Nettoausfuhr des Wirtschaftsjahres 1930/31 (Ausfuhr, abzüglich Rohstoffeinfuhr) rund 47,5 Prozent der industriellen Reinproduktion (Produktion, abzüglich Selbstverbrauch der Industrie) ausmachen. Da daneben die Landwirtschaft nur 19,7 Prozent der industriellen Reinproduktion aufnahm, so kann nach dem Gesamtumfang gar nicht daran gedacht werden, daß die Landwirtschaft im Stande wäre, in absehbarer Zeit durch eigene Aufträge die Industrie für den Ausfall an Exportaufträgen zu entschädigen, der eine unausbleibliche Folge der Einfuhrdrosselung ist. H. Lm.

Wir können nicht annehmen . . .

Der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberschäfts haben an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich gegen eine Bevorzugung der Genossenschaften durch das Osthilfungsverfahren wenden. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

„Wir können nicht annehmen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, daß die geplante Uebernahme der durch die Osthilfavorschriften entstehenden Verluste auf öffentliche Mittel auf eine Gläubigergruppe beschränkt werden soll, sondern nehmen an, daß auch die Inhaber der nicht in genossenschaftliche Rechtsform gekleideten Wirtschaftsbetriebe eine entsprechende Behandlung ihrer Außenstände zu erwarten haben. Jedenfalls hat die Auffassung, daß die Reichsregierung sich auf die Berücksichtigung der Verluste der Genossenschaften beschränken könnte, in den Kreisen der gewerblichen Gläubiger äußerstes Befremden hervorgerufen.“

Würde die bevorstehende Maßnahme der Reichsregierung auf die Genossenschaften beschränkt bleiben, so wären die Genossenschaften dadurch erheblich bevorzugt. Diese Bevorzugung liegt nicht nur in der überaus weitgehenden Erstattung ihrer Außenstände gegenüber Sicherungsbetrieben, sondern auch darin, daß die Genossenschaften zum Unterschied von den übrigen Gläubigern dieser Betriebe bereits alsbald wieder betriebsfähig werden, während die von der Osthilfegesetzgebung betroffenen Kreise aus Handel und Industrie nach wie vor in ihren Dispositionsmöglichkeiten gehemmt bleiben. Diese Bevorzugung

widerspricht vor allem dem Erfordernis der Gleichberechtigung

im Wettbewerb zwischen Genossenschaften und den in anderer Rechtsform gekleideten Wirtschaftsbetrieben. Die in der Behandlung der Gläubigerverhältnisse der Genossenschaften liegende Benachteiligung der gewerblichen Gläubigerschaft ist mit der von der Reichsregierung verkündeten Linie der Wirtschaftsförderung nicht vereinbar. Es ist daher erforderlich, nunmehr baldigst den auf einem Teilgebiet angewandten Grundsatz der Uebernahme der Osthilfeverluste auf die Mittel der Allgemeinheit auch auf die gewerblichen Gläubiger auszudehnen.“

Wir können nicht annehmen, daß es den Vorstandsmitgliedern der genannten Unternehmer-Organisationen unbekannt ist, daß die Genossenschaftsanierung im Interesse der Großagrarien vorgenommen wird, ferner, daß die derzeitige Reichsregierung sich die Bevorzugung der Interessen der Großagrarien als Hauptaufgabe gesetzt hat.

Auch wir finden, daß die „Bevorzugung“ mancher Leute — aber nicht nur der Großagrarien! — dem Erfordernis der Gleichberechtigung „widerspricht“, deutlicher: ins Gesicht schlägt!

Wir verzeichnen den teilweise hier abgedruckten, durch das Gewicht besonders vieler Unterschriften ausgezeichneten Protest als eines der sich mehrenden Zeichen dafür, daß die eigentlich kapitalistischen Unternehmer sich von den Junkern nicht mehr schlechthin alles gefallen lassen wollen. Der Zwist innerhalb des autoritären Kabinetts zwischen Warmbold und Braun wird also weitergehen, bis einer den andern oder bis die Arbeiterschaft beide zum Teufel jagt. —t.

USA

Einfuhrsperrung für Eisen etwas gemildert. Das in Nr. 237 geschilderte Verfahren ist auf diplomatische Vorstellungen hin gemildert worden. Eisenlieferanten brauchen also nicht mehr vor der Einfuhr, statt die Rechnung bezahlt zu bekommen, eine Garantiesumme in Höhe der Rechnung in den USA zu hinterlegen, die im Fall von „Dumping-Praxis“ verfällt. Das amerikanische Schatzamt will aber auf Zahlung dieses Betrages bestehen, wenn sich nach der Einfuhr herausstellt, daß Dumping-Praxis besteht.

POLEN

Künstliche Schienen-Konjunktur: Regierung und Selbstverwaltungen bestellten im September beim Eisensyndikat 26 400 Tonnen (im Vormonat: 1400 Tonnen), vor allem Schienen und Zubehörteile für Eisenbahnerbau. Die privaten Aufträge sind zurückgegangen. — Ueberall derselbe Unfug: Versuche, die Wirtschaft von der Schwerindustrie her anzukurbeln.